

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Ulrich Maurer MdL zum
Wahlengang im Südwesten:
Enttäuschung nach starkem
Engagement.

Seite 1

Florian Gerster MdB zum
Stellenabbau bei den Statio-
nierungstreitkräften: Die
Verbündeten und die Lasten-
verteilung.

Seite 2

Dr. Rudolf Schöfberger MdB
zur Frage der Rückzahlung
der vom Wirtschaftssprecher
der FDP hinterzogenen
Steuern und der Anwaltsko-
sten: Graf Lambsdorff und
die Moral.

Seite 3

Dokumentation:

Wir veröffentlichen das Kom-
munique des deutsch-sowjet-
ischen Dialogs über Ökonomie
und Ökologie, dessen zweite
Runde vom 14. bis 18. März
in Bonn stattfand.

Seite 5

43. Jahrgang / 55

21. März 1988

Enttäuschung nach starkem Engagement

Zum Ausgang der Landtagswahl im Südwesten

Von Ulrich Maurer MdL

Vorsitzender der SPD Baden-Württemberg

Obwohl die CDU bei der Landtagswahl am Sonntag starke Ver-
luste hinzunehmen hatte, haben wir unser Ziel nicht erreicht, ihre
absolute Mehrheit zu brechen. Dies enttäuscht uns auch deshalb,
weil die gesamte Partei und insbesondere unser Spitzenkandidat
Dieter Spöri einen hervorragenden und engagierten Wahlkampf
geführt haben.

Zu den Gründen dieses Wahlergebnisses gehört unter anderem,
daß es Ministerpräsident Späth verstanden hat, sich publizistisch
durch kritische Positionen von der Bonner CDU/FDP-Koalition
abzusetzen.

Mit unserem Konzept des „neuen Fortschritts“ haben wir ein in-
haltliches Profil für die baden-württembergische SPD entwickelt,
das die klassische Umweltpolitik der SPD mit einem offensiven
technologiepolitischen Konzept verbindet.

Diesen Kurs halten wir für richtig und wollen ihn auch weiterhin
verfolgen. Möglicherweise war die Zeit für die Darstellung und
Erläuterung unseres neuen Profils vor der Landtagswahl zu kurz.

Besorgniserregend ist das starke Abschneiden rechtsextremer Par-
teien und Gruppierungen bei dieser Landtagswahl. Es kann uns
nicht gleichgültig lassen, wenn die Splitterparteien über fünf Pro-
zent der Stimmen erhalten.

Ein weiteres Erstarren des Rechtsextremismus zu verhindern, ist
eine Herausforderung an alle demokratischen Parteien.

(-/21.3.1988/vo-he/rs)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vervielfältigt
mit besonderer
Rechtsgenehmigung



Die Verbündeten und die Lastenteilung

Zum Stellenabbau bei Stationierungstreitkräften

Von Florian Gerster MdB

Der Abbau ziviler Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer ist nicht auf die US-Streitkräfte in der Bundesrepublik beschränkt. Wie Staatssekretär Häfele vom Bundesfinanzministerium auf meine Fragen mitgeteilt hat, werden die französischen Streitkräfte in der Bundesrepublik in diesem Jahr 250 Arbeitsplätze abbauen und im Zuge dieses Abbaus 80 Kündigungen aussprechen. Die britische Rheinarmee plant nach Auskunft der Bundesregierung zwar keine Stellenkürzungen im Haushaltsjahr 1988 - „andere Überlegungen, die zu einem Abbau von Arbeitsplätzen führen können, sind (jedoch) noch nicht abgeschlossen“!

Der Umfang der Stellenkürzungen bei den US-Streitkräften wird laut Staatssekretär Häfele im Haushaltsjahr 1988 - „das am 30. September endet“ - die vom Hauptquartier der US-Landstreitkräfte in Europa genannte Zahl von 3.447 Arbeitsplätzen nicht übersteigen. Privatisierungen in größerem Umfang seien nicht geplant, das sogenannte ROCAS-Programm werde „vorerst“ nicht weiter verfolgt. (Zur Erinnerung: dieses Privatisierungsprogramm wurde internen Vermerken zufolge vor der rheinland-pfälzischen Landtagswahl 1987 gestoppt, um die Wahlichancen der CDU-Landesregierung nicht zu beeinträchtigen).

Bundesverteidigungsminister Wörner kam vor einigen Tagen aus Washington zurück und äußerte Erstaunen über die Intensität US-amerikanischer Wünsche nach einer „ausgewogeneren“ finanziellen Lastenverteilung im Bündnis. Wir Sozialdemokraten fordern die Bundesregierung auf, den Bündnispartnern eindringlich die hohe reale Belastung der westdeutschen Bevölkerung durch die gemeinsame Verteidigung auf bundesdeutschem Boden klar zu machen. Eine Dokumentation über die Verteidigungslasten in der Bundesrepublik durch Konzentration von Waffen, Streitkräften und militärischer Infrastruktur sowie der Übungstätigkeit von Land- und Luftstreitkräften ist überfällig.

Deutsche Arbeitsplätze bei den alliierten Streitkräften waren bisher Teil der Lastenverteilung - vor allem in wirtschaftlich schwachen und militärisch hoch belasteten Regionen.

(-/21.3.1988/vo-he/rs)

Graf Lambsdorff und die Moral

**Zur Frage, ob der FDP-Politiker die hinterzogenen Steuern und
seine Anwaltskosten zahlen muß**

**Von Dr. Rudolf Schöfberger MdB
Vorsitzender der bayerischen SPD**

Nachdem das Landgericht Bonn den ehemaligen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff wegen Steuerhinterziehung rechtskräftig zu 180.000 DM Geldstrafe verurteilt hat, muß nun das Finanzministerium Nordrhein-Westfalens entscheiden, ob die vom Grafen oder seinen Finanziers hinterzogenen Steuern nachgezahlt werden müssen. Bei Steuerhinterziehungen können die Täter binnen zehn Jahren nach der Tat nachveranlagt werden (§§ 173, 169 Abgabenordnung). Ferner können auch Beihilfer, wie Graf Lambsdorff, durch Haftungsbescheid für die verkürzten Steuern in Anspruch genommen werden (§§ 191, 71 AO).

„Die Bundesregierung hat keinen Grund, daran zu zweifeln, daß die zuständigen Landesbehörden dem Gesetz entsprechend verfahren“. Dies teilte das Bundesfinanzministerium auf meine parlamentarische Anfrage mit. Ich wollte gleichzeitig wissen, welche Beträge Graf Lambsdorff und seine Finanziers eigentlich hinterzogen haben. Staatssekretär Häfele vom Bundesfinanzministerium lehnte zunächst die Auskunft unter Berufung auf das Steuergeheimnis ab. Als ich nachwies, daß nicht geheim bleiben müsse, was bereits Gegenstand eines öffentlichen Strafverfahrens war, gab das Bundesfinanzministerium die hinterzogenen Steuern wie folgt bekannt:

„Bundesminister a.D. Dr. Otto Graf Lambsdorff ist wegen Hinterziehung von Körperschafts- und Vermögenssteuern in Höhe von 240.943 DM, gemeinschaftlicher Beihilfe zur Hinterziehung von Körperschafts- und Gewerbesteuer in Höhe von 1.285.364 DM und Beihilfe zur Hinterziehung von Körperschaftssteuer in Höhe von 28.000 DM - alle Taten begangen als Parteischatzmeister der FDP in Nordrhein-Westfalen - verurteilt worden.“

Dazu ist festzustellen: Wenn Graf Lambsdorff insgesamt mehr als 1,5 Millionen Steuern hinterzogen oder zur Hinterziehung beigezogen hat und lediglich 180.000 DM Geldstrafe, nicht aber die hinterzogenen Steuern zahlen mußte, so wäre das für ihn unter dem Strich ein Bombengeschäft gewesen. Die Beitreibung der hinterzogenen Steuern ist daher im Interesse aller ehrlichen Steuerzahler unerlässlich. Ohne diese Beitreibung wäre das Ansehen des Rechtsstaates gefährdet. Deshalb fordere ich den nordrhein-westfälischen Finanzminister auf, die hinterzogenen 1,5 Millionen DM alsbald beizutreiben.

Auch die Frage des Prozeßkostenvorschusses ist noch ungeklärt. Graf Lambsdorff hat vom Bundeswirtschaftsministerium für seine de-luxe-Verteidigung gegen den Vorwurf der Bestechlichkeit

laut Auskunft des Staatssekretärs Riedl ein Darlehen in Höhe von 515.000 DM erhalten. Die Bundesregierung will auf die Rückzahlung dieses Darlehens verzichten, weil Lambsdorff ja nicht wegen Bestechlichkeit, sondern „nur“ wegen Steuerhinterziehung verurteilt wurde.

Damit bin ich nicht einverstanden. Ich fordere die Bundesregierung auf, einen wesentlichen Teil dieses Darlehens zurückzuverlangen: Die Staatskasse trägt, soweit Lambsdorff freigesprochen wurde, nach den Regeln der Strafprozeßordnung ohnehin die ausscheidbaren Kosten (§§ 465, 467 StPO), und zwar das Mehrfache der gesetzlichen Gebühr für eine besonders umfangreiche und schwierige Strafsache (§ 99 BRAGLO). In Höhe der erstatteten Gebühren muß das Darlehen auf jeden Fall zurückverlangt werden. Darüber hinaus ist nicht einzusehen, warum die Steuerzahler für eine Luxus-Verteidigung durch mehrere Anwälte geradestehen sollen. Für diesen Luxus soll der Graf selbst zahlen. Schließlich müssen alle im Zusammenhang mit der Verurteilung wegen Steuerhinterziehung entstandenen Kosten von Lambsdorff selbst getragen werden. In Höhe dieser Kosten ist das Darlehen auf jeden Fall zurückzuverlangen.

Wenn die Bundesregierung nicht von sich aus die ausgeliehenen 515.000 DM zurückverlangt, werde ich den Bundesrechnungshof mit diesem Problem befassen. Das darf doch nicht wahr sein, daß einer den Fiskus um 1,5 Millionen prellt, eine halbe Million Verteidigerkosten erhält, macht zusammen zwei Millionen Steuergelder - und mit einer blanken Geldstrafe von 180.000 DM davonkommen soll. Auch einem „wirtschaftspolitischen Sprecher der FDP“ dürfen solche Bombengeschäfte nicht erlaubt werden.

Schließlich muß die FDP auch noch peinliche Fragen nach ihrer Binnenmoral beantworten, wenn sie nach wie vor einen Steuerkriminellen als wirtschaftspolitischen Sprecher, ja sogar als kommenden Parteivorsitzenden präsentieren will. Aber die Herrschaften scheinen für sich eine andere Moral in Anspruch zu nehmen, als die Moral, die sie dem biederen Volk abverlangen.

(-/21.3.1988/vo-he/rs)

* * *

DOKUMENTATION

Deutsch-sowjetischer Dialog über Ökonomie und Ökologie

Auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung fand vom 14. bis 18. März die 2. Gesprächsrunde im Rahmen eines deutsch-sowjetischen Dialogs über Ökonomie und Ökologie statt. Von SU-Seite nahm eine Delegation des ZK der KPdSU, von deutscher Seite eine des Parteivorstandes der SPD teil. Darüber wurde das folgende Kommuniqué verfaßt.

Diese Dialogreihe geht auf eine Initiative des SPD-Fraktionsvorsitzenden Dr. Hans-Jochen Vogel zurück. Im Zentrum der Gespräche standen diesmal die Themen ökologische Instrumente in der Wirtschaftslenkung, Umwelttechnik und globale Umweltbedrohungen. Drei Gesprächsrunden wurden ergänzt durch einen Meinungsaustausch mit den NRW-Ministern K. Matthiesen und Prof. R. Jochimsen sowie dem DGB und durch Informationsbesuche bei Einrichtungen und Betrieben des Umweltsektors.

Die sowjetische Delegation wurde geleitet von W.A. Iwaschko, Kandidat des ZK der KPdSU. Weitere Mitglieder waren: das Mitglied der Akademie der Wissenschaften, Leiter der Kommission für Umweltschutz und rationelle Ausnutzung der Naturressourcen beim Obersten Sowjet der UdSSR, und Direktor des Zukatschow-Forst-Instituts, A.S. Issaew, der stellvertretende Chefredakteur von „Kommunist“, dem theoretischen Organ der KPdSU, O.R. Lazis sowie I.P. Schmatow, Mitarbeiter beim ZK.

Der deutschen Seite steht der Vorsitzende der Ökologiekommision beim SPD-Parteivorstand, Dr. Volker Hauff, vor. Weitere Mitglieder sind unter anderen SPD-Schatzmeister Hans-Ulrich Klose, der stellvertretende Vorsitzende des Arbeitskreises Umwelt und Energie der SPD-Bundestagsfraktion, Michael Müller, und Prof. G. Heimann aus West-Berlin.

Die sowjetische Delegation berichtete ausführlich über die Neuordnung des Umweltschutzes im Rahmen der Perestrojka. Der Schutz von Natur und Umwelt hat dadurch in der UdSSR eine deutliche Aufwertung erfahren. Zwar wurden die gesetzlichen und organisatorischen Voraussetzungen verbessert, die praktische Umsetzung der Umweltpolitik blieb jedoch zurück. Der Bürokratismus und die isolierte Betrachtungsweise der Zentralverwaltungswirtschaft blockierten ökologische Zielsetzungen. Das neue Denken in der Sowjetunion umfaßt auch die Umweltpolitik. Die Umgestaltung des politischen und wirtschaftlichen Systems steht in einem engen Zusammenhang mit einem sparsamen und schonenden Umgang mit Rohstoffen und Umwelt.

Dazu wurden beachtliche Veränderungen eingeleitet, zum Beispiel: Das neue, seit 1. Januar 1988 geltende Unternehmensgesetz belegt nicht nur Beschäftigte und Anlagevermögen, sondern den Rohstoffeinsatz und den Energieeinsatz mit einem Preis. Dazu gehören auch Umweltpflichten der Betriebe. Ökologische Zielsetzungen werden im Wirtschaftsprozess unmittelbar verankert.

Seit Beginn dieses Jahres besteht ein Staatskomitee für Umweltschutz, das mit weitreichenden organisatorischen und umweltpolitischen Befugnissen ausgestattet ist.

Die deutschen Vertreter haben das SPD-Konzept „Arbeit und Umwelt“ erläutert und den Stand der Umweltdiskussion in der Bundesrepublik wiedergegeben.

Die Politik der ökologischen Erneuerung der Volkswirtschaft sieht einen engen, wechselseitigen Zusammenhang zwischen ökonomischer Leistungsfähigkeit, technologischen Innovationen, neuen Arbeitsplätzen und dem Schutz von Umwelt und Gesundheit. Nach Auffassung der SPD muß die staatliche Tätigkeit hierfür strategische Weichenstellungen vornehmen und eine Dynamik zur Minimierung von Umweltbelastungen und zur Förderung umweltverträglicher Techniksysteme fördern.

An den Beispielen „Sichere Energieversorgung ohne Atomkraft“ und einer „umwelt- und gesundheitsverträglichen Chemiepolitik“ wurden diese Vorstellungen konkretisiert.

Im 2. deutsch-sowjetischen Dialog Ökonomie und Ökologie stimmten die beiden Delegationen in vielen Fragen der Umweltpolitik überein. Neben der Sicherung des Friedens ist der Schutz der Natur eine zweite große Herausforderung für die internationale Zusammenarbeit. Die Schäden machen weder an Länder- noch an Systemgrenzen halt. Vertiefte Kooperation ist dringend erforderlich. Beide Seiten unterstützen den Ausbau bilateraler Umweltabkommen zwischen europäischen Ländern und gemäß der KSZE-Akte eine Ausweitung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes.

Angesichts der globalen Umweltgefahren wie der weltweiten Luftverunreinigung, der Verseuchung der Meere, dem stratosphärischen Ozonabbau und dem Treibhauseffekt gibt es zu dieser Politik keine Alternative. Beide Seiten sind bereit, diesen Weg konstruktiv und in fairer Partnerschaft zu gehen, ohne dabei Meinungsunterschiede wie zum Beispiel in der Nutzung der Atomkraft zu verheimlichen.

Im Rahmen des deutsch-sowjetischen Dialogs wurden folgende Vereinbarungen getroffen:

- a) Es findet ein Austausch von Grundsatzbeiträgen zur globalen Umweltkrise statt, die in der Zeitschrift „Kommunist“, dem Theorieorgan der KPdSU, und in „Die neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte“ wechselseitig veröffentlicht werden. Den Beitrag für Kommunist schreibt Michael Müller MdB über die Perspektiven der globalen Umweltzerstörung und notwendiger Gegenstrategien.
- b) Im Rahmen weiterer Kontakte werden beide Seiten die Möglichkeit prüfen, ein gemeinsames Dokument zu Fragen der „ökologischen Partnerschaft“ zu erarbeiten.
- c) Der 3. deutsch-sowjetische Dialog Ökonomie und Ökologie soll sich schwerpunktmäßig mit dem Thema „Energiepolitik“ befassen.

Die „Ökologisierung der Wirtschaft“ ist eine zentrale Aufgabe in West- und Osteuropa und in unserer Verantwortung für die Bewahrung der Lebensbedingungen auf der Erde. Der Umweltschutz ist eine Herausforderung für die Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit. Beide Seiten sind gewillt, dieser Aufgabe gerecht zu werden.

(-/21.3.1988/vo-he/rs)

* * *